WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

August 2017



Schummel-Software

demnächst auch in der SL-Satzung?

(Im Bild das corpus delicti: Dieselmotor im VW-Golf-Variant)

Inhalt:

Impressum

DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 015221905772
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 60. Jahr!

Benesch im Urteil Coudenhove-Kalergis


Coudenhove-Kalergi,1926

Obwohl Benesch Ehrenpräsident der Paneuropa-Bewegung seines Landes war, beurteilte ihn Coudenhove-Kalergi sehr kritisch:
Er war nicht ein echter Europäer, wie Masaryk, sondern im Grunde tschechischer Nationalist. .... Nicht bereit, das geringste nationale Opfer auf dem Altar Europas zu bringen, wollte er seiner Nation alle Vorteile einer paneuropäischen Politik sichern. Darum war sein Verhältnis zu Paneuropa während der folgenden Jahre zwiespältig. In der Theorie war er Paneuropäer, aber nicht in der Praxis. Er wollte jede mögliche paneuropäische Sicherung seiner Landesgrenzen, aber keinen wirksamen Schutz der deutschen Minderheiten.... (aus: Coudenhove-Kalergi, Meine Lebenserinnerungen, 1958, S. 122).

Fundstücke:

1. In den letzten 25 Jahren verschwanden in Deutschland rd. 75 % aller Insekten. Betroffen sind auch Bienen. Der überwiegende Grund dafür ist der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft (FSZ, 16.7.2017).
2. Im 1.Halbjahr stieg der Familiennachzug zu „Flüchtlingen" nach Deutschland auf 62.000 (Vorjahr 45.000). Das Auswärtige Amt erwartet noch bis zu 300.000 Nachzüge (FAZ, 18.7.2017, S. 4).
3. Während der G-20-Tagung in Hamburg entstanden Sachschäden von über 50 Mio €. 40 Mio übernehmen Stadt und Bund, mit 12 Mio € rechnen die Versicherungen, davon 4 Mio für verbrannte Autos (FAZ, 18.7.2017).
4. Im Haus der Heimat zu Stuttgart befanden sich 1980 knapp 1000 Bücher der Bibliothek des Witikobundes (LV Baden-Württemberg). Wer kümmert sich einmal darum? (WBr. 1980,11,S.15).

Der Diesel-Gipfel und die SL

Einst gab es den Begriff des ehrbaren Kaufmannes. Den besten Eindruck davon bekommt man, wenn man in alten Zeitungen, möglichst von vor dem Ersten Weltkrieg, recherchiert.


Drei Herren im Zwielicht

Immer wieder stößt man dann auf Notizen, dass sich Kaufleute wegen Bankrotts *„die Kugel gaben“*. Heute ist das anders. Heute streiten Manager um Boni, auch wenn sie ihre Firmen selbst heruntergewirtschaftet haben, und Unternehmer, die man beim Einbau betrügerischer Software ertappt hat, lassen sich zu Gipfelgesprächen einladen. Der Wertewandel ist offensichtlich und hat weite Teile der Gesellschaft ergriffen. Psychologen sprechen vornehm von der *„Normalisierung der Abweichung“*. Dabei werden Dinge allmählich als legal angesehen, selbst wenn sie objektiv falsch oder kriminell sind.

Warum nur Diesel-Gipfel?

Da dies so ist, wäre eigentlich eine ganze Reihe von Gipfeln nach Diesel-Art fällig! Wichtig wäre dabei aber, dass auch die Geschädigten hinzugezogen würden. Zu sprechen wäre dann etwa über die „politische Korrektheit“, die sich mehr und mehr als Schummel-Software gegen die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit erweist! Weder die Justiz noch die Presse oder das Parlament sind in der Lage und willens, diese wirklich zu garantieren. Alle lavieren nach Opportunität und eigenem Vorteil. Das gleiche gilt für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung oder die Eigentumsgarantie, die seit der Null-Zins-Politik ungeniert aufgeweicht wird. Ganz zu schweigen vom Völkerrecht, das in der Theorie (Art. 25 GG) zwar dem nationalen Recht übergeordnet ist, in der Praxis jedoch beliebig missachtet wird! Also Stoff für mehrere **Gipfel im Dieselformat**!

Und die Vertriebenen?

Ein falsches Spiel, pardon, die *„Normalisierung der Abweichung“* findet auch in der weitgehend noch ungelösten Vertriebenenfrage statt. Auch hier gibt es ein Kartell von Staaten, die streng darauf achten, dass die Regeln des Völkerrechts nur dort angewandt werden, wo es ihnen nicht schadet. Die Schummel-Software wird dort in Freundschaftsverträgen wie 1997 zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik versteckt. Die tschechische Zeitung Lidove Novini hat es damals auf den Punkt gebracht: *„Die deutsch-tschechische Erklärung ist eigentlich eine Vereinbarung zwischen Prag und Berlin darüber***,** *wie man das sudetendeutsche Problem umgehen kann, damit es nichts kostet“.*

1997 gehörten diesem Kartell nur Deutschland und die Tschechische Republik an. Seit einigen Jahren gesellte sich ihnen noch ein Vertriebenenverein mit Sitz in München hinzu. Bei ihm will gegenwärtig eine Gruppe vermeintlich Fortschrittlicher eine Schummel-Software unter der Maske der Modernisierung in die Vereinssatzung einschleusen. Das abzuwehren wird in den kommenden Monaten die Aufgabe seiner grundsatztreuen und geschichtsbewussten Mitglieder sein. Ein Gipfel wie in Berlin zur Dieselfrage, bei dem die Betrogenen außen vor blieben und nur die ertappten Verursacher mit ihresgleichen nach Scheinlösungen suchen, muss aber vermieden werden. Diese Konstruktion kennen wir zur Genüge bereits vom Zentrum gegen Vertreibungen. Den richtigen Weg weist im Falle der SL das BGB in der Form der Mitgliederbefragung. Quod erat demonstrandum.

Herzlose soziologische Definition für Heimat:
„Räumliche und soziale Einheit mittlerer Reichweite“.

Pechsträhne für Bernd Posselt?

Seit 2015 muss sich der SL-Vorsitzende mit gerichtlichen Klagen gegen seine Vereinsarbeit herumschlagen. Zuerst scheiterte er mit seinem Wunsch, aus der SL-Satzung das Restitutionsziel zu streichen. Dann wurde er gerichtlich gezwungen, die Mitgliederliste herauszugeben. **Nun folgten am 29. Juni 2017 und am 26. Juli 2017 zwei weitere Niederlagen:**



Edm.Liepold (†) kämpfte unerschrocken für unsere Rechte

Urteil I: Das Landgericht München I stellte am 29. Juni 2017 fest, dass Edmund Liepold (†) als Alterspräsident am 27. 02. 2016 die 16. SL-Bundesversammlung (BV) rechtswirksam geschlossen hatte und die anschließende Ernennung eines Ersatzpräsidenten satzungswidrig war.
Das bedeutet:
1. Die 16. BV der SL hat sich noch nicht konstituiert. Alle auf der Zusammenkunft vom 27./28.2.2016 gefassten Beschlüsse und Wahlen sind nichtig. Die SL hat daher keine BV, keinen Vorstand und keinen Volksgruppensprecher.
2. Zur kommissarischen Geschäftsführung war nur der alte Vorstand berechtigt. Zu diesem gehört auch der stellv. Vors. Claus Hörrmann, der aber nie eingeladen wurde. Daher sind auch die Vorstandsbeschlüsse „allesamt" nichtig, auch der Vereinsausschluss von Ingolf Gottstein.
Urteil II: Unabhängig von der Entscheidung vom 29.Juni 2017 bestätigte das OLG München auch aus anderen Gründen die Nichtigkeit des Vereinsausschlusses Ingolf Gottsteins.

Berufungsmöglichkeiten

Gegen beide Urteile sind Rechtsmittel möglich.
Gegen Urteil I wurde Revision schon am 14. Juli eingelegt, obwohl es durch Urteile höherer Instanzen abgesichert ist und obwohl sich Edmund Liepold auf § 11 der SL-Satzung stützen konnte, der die BV als eigenständiges Organ der SL definiert. In den Jahren vorher firmierte dieses Organ noch mit eigenem Sekretariat. Dieses war 2016 abgeschafft, was den ersten Anstoß zu Liepolds Rüge gab.
Gegen Urteil II, das schon in der 2. Instanz erging, ist noch eine „Nichtzulassungsbeschwerde" beim BGH möglich.

Keine Pechsträhne

Eine Niederlagenserie diesen Ausmaßes ist nicht nur mit Pech zu erklären. Sie hat ihre Ursache auch in Überheblichkeit und Selbstüberschätzung. Die SL steht aber nicht über dem Recht, nicht einmal über dem Vereinsrecht. Daher wird es Zeit, auch einmal über die Satzungstreue des SL-Vorstandes zu sprechen. Seit Jahren verstößt er gegen die Zweckbestimmung des Vereins. Satzungsverstöße gelten aber als vereinsschädigend und führen zum Vereinsausschluss. Dies sei der gegenwärtigen Vereinsführung in Erinnerung gebracht!

Endurteil des Landgerichts München I vom 29.6.2017:

1. Es wird festgestellt, dass die von den Vorständen des Beklagten Bernd Posselt und Steffen Hörtler am 18.4.2016 beim Amtsgericht München – Vereinsregister - angemeldeten Beschlüsse vom 27./28.2.2016 (Anlage K1) über die Änderung des Vorstandes und der Satzung in § 3 (Zweck) und § 23 (Inkrafttreten der Schiedsgerichtsordnung) des Beklagten nichtig sind.
2. Es wird festgestellt, dass die in dem mit der Anmeldung vom 18.4.2016 (Anlage K 1) zu VR 5524 beim Amtsgericht München – Vereinsregister – eingereichten Protokoll vom 27./28.2.2016 (Anlage K 2) aufgeführten Beschlüsse und Wahlen allesamt nichtig sind.
3. Es wird festgestellt, dass die Wahl des Sprechers der Sudetendeutschen Volksgruppe vom 27./28.2.2016 nichtig und Bernd Posselt nicht Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe ist.
4. Der Beklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Der Sudetendeutsche Tag in Augsburg

Am 3. und 4. Juni 2017 fand in Augsburg der 68. Sudetendeutsche Tag (ST) statt. Es war rührend zu sehen, wieviel guter Wille, Phantasie und Heimatliebe in den einzelnen Präsentationen steckte! Wenn man jedoch nach der Vielfalt der Meinungen suchte, erkannte man unter der glitzernden Oberfläche eher die Strukturen einer nordkoreanischen Jubel-veranstaltung unter Leitung des possierlichen Kim Jong Un, denn auch 2017 standen Wahrheit und Informationsfreiheit unter Quarantäne. Das reichte vom Verbot, Flugblätter zu verteilen bis zur Verweigerung von Informationsständen für kritische Gruppen. Selbst der Stand des SL-Bezirks Oberbayern, des bundesweit mitgliederstärksten, aber etwas kritischen SL-Verbandes, wurde ans hinterste Ende der Halle 5 verbannt. Aus Furcht vor dem sudetendeutschen Wahrheitsbazillus wurde sogar ein Sicherheitsdienst eingesetzt, der beispielsweise dadurch auffiel, dass er einen besonders verwegenen Treffensbesucher, der am rechten Oberarm eine N-Armbinde trug, vor die Türe setzte. Der Hinausgeworfene wusste danach aber wenigsten, warum der Eintrittspreis saftige 20 € betrug. „Sicherheit" gibt es eben nicht umsonst!



Liebevoll aufgebauter Stand der sudetendeutschen Bauernschaft

Die Wächter zwangen auch den Witikobund, seine 900 Flugblätter außerhalb des Messegeländes zu verteilen. Damit ist auch schon verraten, wie sich der Witikobund trotz der Verbote bemerkbar machte. Fleißige Helfer haben die Flugblätter verteilt und sich so unseren Dank verdient! Über den Inhalt der Blätter konnten sich auch die rd. 24.000 Leser der Jungen Freiheit (JF, Folge 24 vom 9.6.17) informieren, denn er wurde dort fast vollständig wiedergegeben. Sie erfuhren, worin die Versäumnisse der SL bestanden, wie undemokratisch sich ihre Bundesversammlung zusammensetzt und warum es widersinnig ist, die Zweckänderung der SL-Satzung gerade zum jetzigen Zeitpunkt anzustreben. Der ganze Wortlaut des Flugblattes ist am Ende dieses Berichtes abgedruckt.

Peinliche Verrenkungen

Unser stellvertretende Vorsitzende, Hans Slezak, hat dankenswerterweise ein Protokoll der beiden Treffenstage angefertigt. Da er mitgezählt hat, wissen wir, dass beim 68. ST schon der sechste „Durchbruch" im Versöhnungsprozess bevorstand. Das erinnert etwas an König Pyrrhus (279 v.Chr.): *„Noch so ein Sieg (Durchbruch) und wir sind verloren!"* Jetzt wird weiter beschwichtigt, und was 2006 noch Völkermord war (Motto des damaligen ST!) ist nur noch ein harmloser Familienzwist (Posselt 2017). Tausende ermordeter Landsleute werden wie eine störende Altlast aus dem Gedächtnis verbannt. Zu dieser skandalösen **Verharmlosung** „passten" dann die tschechische Flagge vor den Hallen und die tschechische Trachtenkapelle aus Iglau (Jihlava). Der Joker bei der Hauptkundgebung war der tschechische Vizepremier Pavel Belobradek. Aber er ist kein wirklicher Garant des „Durchbruchs", denn er steht nur einer Splitterpartei vor, die es nach den Wahlen im Oktober 2017 vielleicht gar nicht mehr gibt! Dazu kommt der merkwürdige Inhalt seiner Rede. Er sagte, nur zum Feiern nach Augsburg gekommen zu sein und nicht, um sich zu entschuldigen oder sich zu versöhnen. Das ließ aufhorchen, denn „Durchbruch" klingt irgendwie anders! Gleich waren auch hämische Kommentare zu vernehmen: Belobradek sei nur gekommen, „um die Vertreibung zu feiern". Zur nachträglichen Schadens-begrenzung schritt dann am 9. Juni 2017 die Vereinszeitung, indem sie begann, mit dem Wörtchen „erneut" herum zu jonglieren, bis es plötzlich im Belobradek-Zitat auftauchte. Die neue Version lautete also: Der Tscheche sei nicht gekommen, um sich *erneut* zu entschuldigen.… Sicherheitshalber wurde in Klammern hinzugefügt: „*das tat er bereits 2015 im Sudetendeutschen Haus*".

Aber was hat Herr B. dort wirklich gesagt? Er ehrte die sudetendeutschen Opfer „als Christ“, sprach von Untaten der Deutschen, wies aber den Vorwurf der Kollektivschuld zurück. Das bedeutete: Er hat die Opfer nicht im Namen der Regierung geehrt, er verknüpfte seine Aussage mit einer versteckten Anklage und er gab eine Selbstverständlichkeit zum Besten (keine Kollektivschuld). Es bedarf daher schon großer Phantasie, daraus eine Entschuldigung herauszufiltern. An solchen Hürden scheitert aber keine Zeitung, die ihren Zweitnamen „Sudetenprawda“ ernst nehmen möchte!

Den Tschechen ist es egal

Posselts tschechische Gäste sind natürlich ganz genau über dessen Satzungsstreit informiert. Sie machen den Schwindel aber mit, weil ihnen der Restitutionsverzicht so wichtig ist, dass sie schon über einen vorgetäuschten Verzicht froh sind. Mit Unschuldsmiene verkündete daher auch Herr Belobradek: *„Ohne die Satzungsänderung wäre ich nicht gekommen“* (JF, 9.6.2017, S. 4). Schade nur, dass er sich damit wieder auf die gleiche schlüpfrige Spur begibt, auf der sich schon Vaclav Hajek (Böhmische Chronik, 1541), Vaclav Hanka (Königinhofer Handschrift, 1817) und viele andere bewegten.

Ölwechsel nötig?

Und was machen wir mit einem Satz, der den Lippen des Herrn Posselt entschlüpfte: Er werde lieber **zehnmal** über die Satzungsänderung abstimmen lassen, statt aufzugeben? Ist es die Uneinsichtigkeit eines trotzigen Kindes oder setzt hier jemand zu einem heimatpolitischen Amoklauf an? Wahrscheinlich hätte das Herbert Wehner nur zu einem Zwischenruf angeregt: *„Nach jeweils drei Abstimmungen bitte Ölwechsel vornehmen!“*

Später Sieg der DDR?

Nehmen die Sudetendeutschen gerade an einem Selbstauflösungsprogramm teil? Wenn ja, dann konnte sie Herr Posselt beim ST 2017 noch einmal darüber hinwegtäuschen. Erleichtert wurde ihm das, weil das letzte Gerichtsurteil erst drei Wochen **nach** dem ST verkündet wurde. Nachgeholfen hat dabei seine Anwaltskanzlei, die eine Nachfrist beantragt hatte, ohne sie dann zu nutzen. Es wäre auch zu peinlich gewesen, nur als kommissarischer Vorsitzender vor die ST-Besucher zu treten oder zu riskieren, dass Herr Belobradek wegen fehlender Satzungsänderung vielleicht doch wegbleibt.



DDR-Staatswappen

Wenn die Volksgruppe nicht aufpasst, steht sie bald vor einem Totalschaden, denn de facto strebt die SL-Führung die Übernahme des DDR-Abkommens mit der CSSR vom 23.Juni 1950 an:

„Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzansprüche und ihre Regierungen betonen ausdrücklich, dass die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der CSR unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist.“

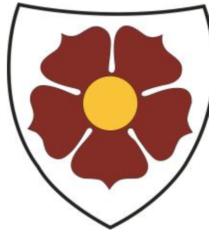
Seinerzeit setzte man sich im Westen noch zur Wehr und konnte drei Wochen später, am 14. Juli 1950, den Deutschen Bundestag dafür gewinnen, die Obhutserklärung für die Sudetendeutschen abzugeben:

„…. Das Prager Abkommen ist nicht vereinbar mit dem unveräußerlichen Anspruch des Menschen auf seine Heimat. Der Deutsche Bundestag erhebt daher feierlich Einspruch gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in die Obhut der Deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei und stellt die Nichtigkeit des Prager Abkommens fest.“

Das war 1950. Wohin können wir uns jetzt wenden? Wie können wir wenigstens erreichen, dass sich die SL an die gültige Satzung hält?

Auf diese Fragen konnte auch der ST. 2017 keine Antworten geben.

Seite 1 unseres Flugblattes:



Augsburg, am ST 2017

Liebe Landsleute!

Es ist bedenklich, dass dieses Flugblatt nur außerhalb des Messegeländes verteilt werden darf, denn

Freiheit der Information

ist die Voraussetzung

für vernünftige und gerechte Entscheidungen!

Worum geht es?

Herr Posselt gefällt sich seit einiger Zeit in der Rolle des „Versöhners“. Doch steht ihm diese Rolle zu? Steht uns Heutigen überhaupt zu, über das Leid unserer Voreltern zu verfügen, zumal auf der Basis des Verzichts? Es scheint, dass bei einigen hierüber noch Klärungsbedarf besteht!

Aber vielleicht beruft sich Herr Posselt auf die Autorität der Bundesversammlung? Auch das ist sehr fragwürdig, denn jeder weiß, dass dieses Gremium auf geheim gehaltenen Mitgliederlisten beruht und nur noch das Zerrbild der Volksgruppe ist. Ein Delegierter aus Bayern oder Schwaben vertritt mehr Mitglieder als vier aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Berlin zusammen, von Sonderrechten anderer Gruppen ganz zu schweigen! Herrn Posselt fehlt daher eine seriöse demokratische Legitimation!

Daher Schluss mit Anmaßungen und Gauklertum

b.w.!

Seite 2 unseres Flagblattes:

Nachhilfe in politischer Taktik:

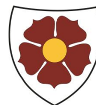
1.) Herr Posselt begründet seine Umarmungstaktik gegenüber den Tschechen damit, dass man auf anderen Wegen erfolglos geblieben sei. Aber hat man die anderen Wege überhaupt jemals beschritten? Die Antwort ist NEIN! Man hat weder die politischen noch die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, denn
a) die Regierung verweigerte uns den diplomatischen Schutz,
b) die Regierung stimmte 2004 der EU-Aufnahme der CR zu
c) die SL boykottierte die EUFV (=Eur. Union d. Flüchtlinge u. Vertriebenen)
d) die SL ließ die 1997 geplante Sammelklage trotz vorhandener ansehnlicher Spendengelder im Sande verlaufen usw. usw.

Wir fordern daher:
Ausschöpfung aller rechtlichen und politischen Wege!

2.) Die SL-Führung verschweigt beharrlich die auch für Deutsche geltenden Restitutionsgesetze in Serbien, Rumänien Slowenien, Ungarn Litauen, usw. Fürchtet sie, diese Beispiele könnten die Tschechische Republik unter Zugzwang setzen? Ist das sudetendeutsche Interessenvertretung?

3.) Angesichts dieser Entwicklung ist es widersinnig, die Restitutions-forderung aus der SL-Satzung zu entfernen. Dank der gerichtlichen Schritte eines Landsmannes hat das Registergericht bis jetzt aber weder die Satzungsänderung, noch die Vorstandswahlen des Jahres 2016 anerkannt. Es gilt daher noch die alte Satzung, und der SL-Vorstand ist nur kommissarisch im Amt!

Daher bitte Schluss mit den Irreführungen!



Verantwortlich: Witikobund e.V., e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de

Der Vorsitzende hat das Wort:


Felix Vogt Gruber

Liebe Kameradinnen und Kameraden!
In diesem Jahr gab es für den Witikobund kein Sommerloch. Dafür sorgte die Münchner Justiz mit ihren für die SL desaströsen Urteilen. Die SL-Spitze ging zwar in Revision, doch vorsichtshalber berief sie auch eine neue Bundesversammlung ein, um sich endlich legitimieren zulassen. Wie die Tagesordnung erkennen lässt, möchte Herr Posselt dort auch seine Serie der zehn Abstimmungen starten. Wir können aber nicht dulden, dass er damit sozusagen eine Schummel-Software in die SL-Satzung mogelt, die dann aus einem Völkermord einen harmlosen Familienzwist werden lässt! Das wäre eine Beleidigung tausender unserer Landsleute, die vor gar nicht so langer Zeit, beginnend mit dem 4. März 1919, unschuldig dahingemordet wurden!

Liebe Landsleute, wie der Ausgang der Gerichtsverfahren zeigt, wurden die Prozesse nicht leichtfertig vom Zaun gebrochen. Der Streit geht aber weiter und *„der Zugang zum Recht ist am Rechtsstandort Deutschland“* teuer (Jens Gnisa, Vors. des deutschen Richterbundes). Viele von Euch haben bereits tief in die Taschen gegriffen, wofür ich mich herzlich bedanke! Ich muss aber leider erneut an Eure Spendenbereitschaft appellieren. Bitte prüft erneut, ob Ihr einen Obulus für die Verteidigung unserer Rechte beisteuern könnt. Die Lage ist wirklich ernst und kann nur mit Anstrengung aller Kräfte gemeistert werden! Die Einzelheiten erfahrt Ihr am 7./8. Oktober bei der Jahreshauptversammlung! Die Einladung dafür übersenden wir Euch auf Witiko-Intern. Folgt ihr bitte recht zahlreich und verbringt ein harmonisches Wochenende in Niederbayern unter aufgeschlossenen Landsleuten! Das hofft und wünscht

Euer Felix Vogt Gruber



Voraussichtliches Programm: Samstag, 07.10.2017, 9.00 Uhr: Jahreshauptversammlung; ab 14.30 Uhr: Vorträge; Sonntag, 08.10. 2017: 9.00 Uhr: Vorträge

Das Jahrestreffen 2017 des Witikobundes mit Jahreshauptversammlung

findet statt in Oberteisbach (nahe Dingolfing).
am: 07. / 08. Oktober 2017.
Anmeldungen sind **möglichst umgehend** an das Tagungshotel selbst zu richten, Spätbucher erhalten evtl kein Einzelzimmer!
Anschrift:
Landgasthof Räucherhansl (sh. Bild!)
Oberteisbach 2, 84180 Loiching
Tel. 08731-3200, e.Post: info@raeucherhansl.de

Gerade noch die Kurve gekriegt!

Die vereinsrechtlichen Defizite der SL sind bekannt. So enthielt die Einladung zur Bundesversammlung am 27.August 2017 wieder krasse Ladungsfehler. Man hat sie im letzten Moment mit dem Versand einer neuen Einladung korrigiert und so eine weitere Blamage vermieden.
Mit einem anderen SL-Defizit müssen wir aber weiterleben: Es ist der Hang, *„Fakten umzukehren“*, was leider wieder bei den beiden Urteilen zur Sprecherwahl Posselts geschah. Anders als behauptet, widersprechen sich diese nicht, denn der Klagegrund war jeweils ein anderer!

Lm. Slezak redet Bernd Posselt ins Gewissen

Der Vorsitzende des SL-Bezirkes Oberbayern, Hans Slezak, gibt seinen Mitgliedern den Inhalt eines Schreibens an Bernd Posselt bekannt:

Lieber Bernd Posselt,

Deiner „mehrheitlichen Gruppe“ von Mitgliedern der Bundesversammlung ist es ein Anliegen, die erforderliche Entscheidung aller SL-Mitglieder, die nach dem Gesetz notwendig wäre, zu unterlaufen, um es eben dieser längst nicht mehr repräsentativen Bundesversammlung zu überlassen, die Ziele und Zwecke der Landsmannschaft, nach politischen, persönlichen und wirtschaftlichen, Anliegen auszurichten. (Herzensanliegen von MP. Seehofer).

Deshalb muss es uns, der „winzigen, aber unabhängigen Gruppe“ der Mitglieder der Bundesversammlung, ein Anliegen sein, dem Willen der großen Mehrheit der SL-Mitglieder notfalls durch die Gerichte zum Durchbruch zu verhelfen.

Lieber Bernd, der von Dir zitierte Franz Neubauer hat das so ausgedrückt:

„Wenn wir auf alles verzichten – werden sie sogar die Benes-Dekret zurücknehmen“.

*Aber nicht einmal das ist unseren Akteuren, Dir Bernd Posselt und dem Steffen Hörtler, gelungen, obwohl die SL mit der Streichung des § 3d aus der Satzung die Durchsetzung der Eigentumsansprüche als einen ihrer Zwecke streichen, **„also auf alles verzichten“**, will. Nicht einmal das Straftaten-Rechtfertigungsgesetz, (Völkermordgesetz) wurde auch nur angetastet. Seine Aufhebung würde wenigstens die Ehre der Opfer wiederherstellen!*

*Alle nachgeordneten Beteuerungen und Hinweise, auch die Klausel im „Grundsatzprogramm“, sind da nur noch Alibibehauptungen ohne jede Rechtskraft. Die Aussage von **Vizepremier Pavel Bělobrádek** sagte es überdeutlich:*

Ich bin nicht gekommen, um mich zu entschuldigen oder um zu versöhnen, ich bin hier, weil ich eingeladen wurde, um mit Nachbarn zu feiern.

Eine Entschuldigung oder gar Versöhnung hatte er, nach der vermeintlichen Zweckänderung, auch nicht mehr nötig, und feiern wollte er mit seinem Nachbarn Seehofer und anderen Freunden den gelungenen Verzicht der SL, der Interessenvertretung der Sudetendeutschen, auf ihre geraubte Heimat und ihr Eigentum.

Das „Prosit der Gemütlichkeit“ unter Nachbarn, wurde dann von den folgenden Gerichtsentscheiden etwas verwässert.

*„Wir suchen, wie dies Franz Neubauer unmittelbar nach dem Sturz des Kommunismus 1989 proklamiert hat, den Dialog mit der tschechischen Seite auf der **Grundlage klarer Prinzipien“.***

Dem ist zuzustimmen, nur Du, Bernd Posselt, missbrauchst dieses Zitat, denn gerade diese klaren Prinzipien sollen durch die Zweckänderung, aufgegeben werden. Das bedeutet nichts anderes, als die Unterwerfung des Rechts unter das Unrecht.

Hans Slezak

Ergänzende Bemerkungen Slezaks für die Landsleute:

Liebe Landsleute,

*unser zweifellos fähiger Vorsitzende, Bernd Posselt, versteht es wieder meisterhaft, die Fakten umzukehren, denn nicht die Bundesversammlung darf eine Vereinszweckänderung beschließen, sondern **Ihr alle** müsst gefragt werden, ob **Ihr** zustimmt oder nicht. So bestimmt es das Gesetz und in der Demokratie ist das mittlerweile sogar bei den Parteien selbstverständlich.*

Schon beim ersten Besuch Seehofers mit Posselt in Prag titelten Zeitungen von der „Kapitulation an der Moldau“. Das ging dann in verschiedenen Versionen, besonders nach der angeblichen Satzungs-Zweckänderung, weiter mit: „Sudetendeutsche verzichten“ und „Sudetenproblem gelöst“ usw. usw. Sogar der Schirmherr äußerte sich sichtlich erfreut über diesen Eigentumsverzicht, ohne jede Gegenleistung. Steffen Hörtler sprach es vor dem Deutschen Botschafter in Prag aus mit der Bemerkung „die Landsmannschaft unterstützt keine Eigentumsforderungen“. Ganz klar drückten sich da auch die hochrangigen tschechischen Besucher aus. Sie bestätigten ausdrücklich den Zusammenhang von Satzungsänderung und Eigentumsverzicht mit ihrem Kommen zu den Sudetendeutschen Tagen. *Euer H.S.*

Fünf Museumsdirektoren entlassen

Schon im Vorjahr mussten wir von der Entlassung von Blanca Mouralova, der Direktorin des Museums in Aussig, berichten. Ihr wurde eine „untschechische" Museumskonzeption vorgeworfen. Ihre Absetzung war aber erst der Anfang einer Entlassungswelle. Inzwischen entließ der Rat des Bezirks Aussig weiter fünf Museumsdirektoren. Betroffen sind Stanislav Ded und Milan Rosenkranc (Regionalmuseum Komotau bzw. Tetschen-Bodenbach), Jan Stribr und Petr Svoboda (Galerie der Bildenden Kunst in Leitmeritz bzw. Brüx) sowie Alica Stefancikova (Galerie Benedict Rieth in Laun). Eine Sprecherin des Bezirksrates gab dazu nur die karge Erklärung ab, dass man *„in diesem Segment der Kultur eine andere Richtung einschlagen"* möchte.

Wieder scheint sich zu bewahrheiten, dass das Schlimmste am Kommunismus die Zeit danach sei. Die Sudetendeutschen allerdings sind nicht bereit, alles auf den Kommunismus schieben zu lassen, denn hinter diesem verbirgt sich leider fast immer ein unversöhnlich harter tschechischer Nationalismus, der auch mit „Familienstreit" à la SL nichts mehr zu tun hat.

Aus WBr. 2012,4:

Der Vorsitzende des Bauernverbandes der Vertriebenen (BVdV), Christian Walter, und sein Geschäftsführer, Dr. Arwed Blomeyer, führten 2012 bei der „Grünen Woche" in Berlin Gespräche mit Mitgliedern des Agrarausschusses des Deutschen Bundestags. Dabei zeigte sich Walter befremdet, **daß die Bundesregierung auf diplomatischen Kanälen versuche, Staaten wie Serbien an ihrer Restitutionsgesetzgebung zu hindern, damit Polen und Tschechien gegenüber den vertriebenen Deutschen nicht in Zugzwang gerieten.**

Für den Wahrheitsgehalt dieser Meldung spricht leider auch das Verhalten der Bundesregierung schon nach der „Wende" 1989, als die Rückgabe von Immobilien in der früheren DDR auf oft groteske Weise und mit künstlich aufgebauten bürokratischen Hemmnissen vereitelt wurde.

Wenn diese Nachricht zutrifft, stehen klare Aufgaben vor unseren landsmannschaftlichen Vertretungen! Hoffen wir, dass sie diesen gerecht werden**!**

Intelligenz und Gene

Georg Picht versetze Deutschland 1964 mit dem Schlagwort „Bildungskatastrophe" in Unruhe. Hinter ihm standen einige marxistische Ideologen, die von sozial erworbener Intelligenz träumten. Das führte in Deutschland sogar zur Umwandlung der meisten Schulen in Gesamtschulen.

Diese Lehre verlor schon bald auf Grund der Zwillingsforschung an Boden. Jetzt aber scheint sie durch die Fortschritte in der Genanalyse endgültig vor dem Aus zu stehen. So konnten anhand einer Versuchsgruppe von 80.000 Probanden 40 neue, für die Intelligenz relevante Gene identifiziert werden. Zusammen mit den bereits vorher bekannten 12 Genen sind sie zwar nur für rund 5 Prozent der menschlichen Intelligenz verantwortlich, doch weitere Testreihen sind in Planung und dürften das Bild mehr und mehr abrunden. Insgesamt vermutet man, dass für die menschliche Intelligenz rund 1000 Gene verantwortlich sind.

Dem Zeitzeugen bleibt wieder nur die traurige Feststellung, dass wegen der romantischen Träume einiger verbohrter Ideologen ein kostspieliger und für viele Schüler unerquicklicher Irrweg beschritten werden musste (Quelle: JF, 16.6.2017, S. 20).

***"Die Würde des Menschen ist unantastbar –
insoweit sie kein Handelshemmnis darstellt und niemandes Profit schmälert."***

G-20-Gipfel - ein teurer Spaß!

Angelika Merkel hatte sich das so schön ausgedacht. Die Stadt Hamburg sollte mit dem G-20-Gipfel Punkte für die Bewerbung um die Olympiade sammeln und sie selbst für die Bundestagswahl 2017 zwei Monate später.
Beides ging schief. Der Olympia-Traum wurde von der Bevölkerung mittels Volksabstimmung abgelehnt und das Schaulaufen für die Bundestagswahl fiel den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen zum Opfer.
Überraschend kam das nicht, denn den Keim dazu legte man schon vor Jahrzehnten, als der Steinewerfer Josef Fischer zum Minister ernannt wurde. So ist auch die Distanzierung mancher Damen und Herren von den Gewaltausbrüchen in Hamburg recht heuchlerisch. Wer im Schanzenviertel seit 1989 eine „Rote Flora“ duldet und eine Demonstration mit dem Motto „Welcome to Hell“ genehmigt, darf sich über das Ergebnis nicht wundern.
Weggeschaut hat man auch, als im Februar 2017 Linksextremisten an der Universität Hamburg eine „Aktionskonferenz“ mit **„Blockadetraining“** abhielten! Der Senat hat für einen „Gipfel für globale Solidarität“ sogar Geld verteilt (46.000 €), ungeachtet dessen, dass daran auch die militante IL (Interventionistische Linke) teilnahm.
Jetzt rächten sich auch der seit Jahren einseitig geförderte „Kampf gegen rechts“ und der „Aufstand der Anständigen“. Über diverse Programme werden dafür bundesweit jährlich mehr als 10 Mio € aus dem Steuersäckel verteilt (für den Kampf gegen Links nur 5 % davon). Die Empfänger dieser Subventionen mussten ursprünglich noch ein schriftliches Bekenntnis zur Verfassung ablegen. Als Manuela Schwesig das Familienministerium übernahm, strich sie auch das – ohne Gegenwehr des „wehrhaften Demokraten“, Thomas de Maiziere!


Erschöpfte Polizisten in Hamburg schlafen am Fußboden

Kontrollverlust

Da wird leichtfertig eine Mammutveranstaltung in eine schlecht zu sichernde Großstadt gelegt, um sie sport- und innenpolitisch vermarkten zu können. Doch das misslingt. Somit verlor der Staat in knapp zwei Jahren zum vierten Male die Kontrolle über sein Staatsgebiet (Flüchtlingsströme 2015, Silvesternacht in Köln, Lastwagenattentat in Berlin und nun Chaostage von Hamburg). Wo bleibt da die Staatskunst unserer „Eliten“?
Man fühlt sich wie im Stück vom Zauberlehrling: „Die ich rief die Geister …“.
Aber wer ruft: „In die Ecke Besen?“ Kein Meister in Sicht?

Ungarn will Beneš-Dekrete aufheben

Ungarn will für die Aufhebung der Beneš-Dekrete kämpfen. So heißt es in einer Meldung der staatlichen ungarischen Presseagentur MTI, die Staatssekretär Árpád Potápi zitiert: „Das Gedenken an die Opfer verpflichtet uns, die Flamme der Zusammengehörigkeit der ungarischen Nation an die nächsten Generationen weiterzugeben."
Wie er hinzufügte, hätten die Ungarn auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei während des Zweiten Weltkriegs größtes Leid erfahren. In den Jahren 1945 bis 1949 wurden rund 150 000 Ungarn aus ihrer Heimat vertrieben. Die Vereinbarung zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn über den Austausch der Bevölkerung aus dem Jahr 1946 stand in unmittelbarem Zusammenhang mit den Dekreten des ehemaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš. (Quelle: SITA)

Ehe für alle - und andere Ideologien

Wie werden wir eigentlich regiert? Richtet sich alles nach dem Bauchgefühl der Kanzlerin wie bei der Energiewende und der Einwanderungswelle (die ursächlich zum Brexit führte!!!)? Jetzt, bei der „Ehe für alle", soll sie sich verplappert haben (Spiegel, 29.7.17). Wir kennen die Begriffe Liebesheirat und Vernunftehe. Warum hat man sich tendenziell nicht etwas mehr nach der Vernunft gerichtet? Das Thema ist ja ernst genug..
Nun steht also wieder ein Gleichheitsexperiment an!
Der Kommunismus predigte die Gleichheit aller Menschen, brachte aber nur den Ameisenstaat hervor (und dank der Milieutheorie ein verkorkstes deutsches Schulwesen!)
Noch war der Kommunismus nicht überwunden, da traten schon die Paneuropäer auf den Plan. Sie wollten nicht nur die Menschen, sondern gleich ganze Nationen gleichschalten.
An eine noch kühnere Aufgabe wagt sich nun das 21. Jahrhundert heran: Man möchte auch die Geschlechter gleichschalten und folgt der Parole „Ehe für alle".

Diktat der Ideologien

Von einer Ideologie spricht man, wenn der Lebenswirklichkeit irgendein gedankliches Konstrukt übergestülpt wird. Genau das passierte bei den soeben genannten Gesellschafts-plänen. Sie sind daher Ideologien. Das Tröstliche daran ist, dass sie nicht ewig währen.
Frau Merkel hat die „Ehe für alle" zur Gewissensfrage erklärt. Das klingt nach Verant-wortung und edlen Gefühlen. Aus der Geschichte weiß man aber, dass sich angeblich hehre Motive meist auf recht Triviales zurückführen lassen (Gibbon). So auch hier, denn mit dem Ehestatus sind das Ehegattensplitting und die Witwen/Witwer-Rente verbunden.

Hürde Verfassungsgericht?

Vielleicht scheitert der Beschluss des Bundestages noch am Verfassungsgericht. Es könnte Anstoß daran nehmen, dass gleichgeschlechtliche Ehen aus sich heraus keinen Beitrag zum Fortbestand der Gemeinschaft leisten können, so dass es zu einer weiteren Benachteiligung der traditionellen Familien mit Kindern käme. Noch schlimmer ist die Herabwürdigung von Kindern zur Ware, wenn sie über Leihmütter zur Welt kommen. Im Übrigen galt im Jahre 1949 noch der § 175 des Strafgesetzbuches, der jede gleichgeschlechtliche Beziehungen ins Abseits stellte. Schon deswegen können die Verfasser des GG nicht an die gleichgeschlecht-liche Ehe gedacht haben. Ihre Vorstellung von der Ehe war eben die eines Ergänzungs-verhältnisses – aber nicht im Mensch-Sein, sondern im Mann- und Frau-Sein. Es gäbe also genug Gründe, vom Gesetzgeber eine Präzisierung des Art. 6 GG zu verlangen.

Weitere Folgen

Manche möchten noch weiter gehen, Sie nehmen sogar das Abstammungsrecht ins Visier. Nicht mehr die Gene, sondern ein juristischer Akt soll entscheiden, wer mit wem verwandt ist. Seltsam, dass die Wirklichkeit gerade in dem Moment ausgeschaltet werden soll, in dem die Gentechnik die Abstammung eines Menschen so präzise wie nie zuvor feststellen kann. Genauso erstaunlich ist, dass die „Grünen", deren Grundanliegen einst der Einklang mit der Natur war, an der Spitze der Naturüberwinder zu finden sind.

Luxusproblem?

Vor den wahren Herausforderungen der Gegenwart mag die „Ehe für alle" als ein lächerliches Luxusproblem erscheinen. Sie ist aber auch ein Anschlag auf unsere Leitkultur. Von Frau Merkel möchte man sich daher weniger Bauchentscheidungen wünschen. Eine Finanzkrise, eine Energiewende, eine Grenzöffnung und einmal „Ehe für alle" sind vorerst genug! Wann bekommen wir wieder festen Boden unter die Füsse? *(F.V.)*

Vor 70 Jahren:

Wir heischen Gehör!

Die Petition der sudetendeutschen Sozialdemokraten an die Siegermächte

Wenzel Jaksch durfte sein britisches Exil bis 1950 nicht verlassen. Das war kein Wunder, denn er forderte **Nachverhandlungen** zu den Potsdamer Übereinkünften von 1945. Ihren deutlichsten Niederschlag fand dieses Begehren in der Petition, die er mit anderen führenden sudetendeutschen Sozialdemokraten schon 1947 *„an die Unterzeichner-Mächte des Potsdamer Übereinkommens" und den Generalsekretär der Vereinten Nationen* (S. 9 der Petition) richtete. Darin wurden Argumente gegen die Vertreibung zusammengestellt, die bei den vermeintlich bald bevorstehenden Friedensverhandlungen Verwendung finden sollten. Unterzeichnet wurde das Schriftstück von Wenzel Jaksch, Eugen Witte, Franz Katz und Dr. Robert Wiener, die alle vier frei gewählte Abgeordnete des letzten CSR-Parlaments vor 1938 waren. Die englische Urschrift umfasste 42 Schreibmaschinenseiten. Die vorliegende Druckversion hat 37 Seiten. In ihr fehlen die Schilderungen einiger allgemein bekannter tschechischer Gräueltaten. Im Folgenden wird das Schriftstück charakterisiert und kritisch kommentiert.



Wenzel Jaksch

Geschichtlicher Abriss

Die Petition wird mit einem geschichtlichen Abriss eingeleitet, weil *„die Sudeten-Streitfrage durch verschiedene Auslegungen der zentraleuropäischen Geschichte verdunkelt wurde"* (S.10). Zunächst wird das Privileg Herzog Sobieslavs II. (1173-78) für die Deutschen angeführt und dann angemerkt, dass der Anspruch der Sudetendeutschen auf ihre Heimat älter sei, als der der weißen Bevölkerung Amerikas, Australiens usw. auf die ihre (S.10). Betont wird auch, dass sich nach dem „Weißen Berg" die Strafgerichte in Prag auch gegen protestantische Deutsche gewandt haben, weshalb man die Enteignungen Deutscher 1945 nicht mit dem Besitzverlust tschechischer Adliger vor über 300 Jahren rechtfertigen könne.

(Anm. der Red.: Es fehlt ein Hinweis auf die Kontinuitätstheorie von Bretholz. Für die Sudetendeutschen ist aber erfreulich, dass die Tschechen ihren Raub mit uralten Besitzansprüchen rechtfertigen wolle, denn damit schwindet auch die Gefahr, dass die sudetendeutschen Rechtsansprüche durch Zeitablauf für verfallen erklärt werden).

Die Zeit von 1918 bis 1938

Die Petition wendet sich nachdrücklich gegen die <u>Kollektivschuldthese</u>, denn für die Hinwendung der Sudetendeutschen zum Deutschen Reich sei nur eine kleine Führungsclique der SdP verantwortlich gewesen. Selbst den SdP-Mitgliedern sei meist nicht bewusst gewesen, auf was sie sich eingelassen hatten. Größten Wert legt die Petition verständlicherweise auf den Widerstand der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Schwerwiegend ist dabei der Vorwurf gegen die Tschechen, der rechte Flügel ihrer Agrarier hätte das Entstehen einer rechten Partei bei den Sudetendeutschen mit Sympathien begleitet. Im Jahre 1947 stand deswegen der frühere Minister Dr. Josef Cerny sogar vor einem tschechischen Gericht. Bei all diesen Ausführungen stützten sich die Petenten stark auf das Buch von Dr. Hubert Ripka, Munich bevor and after.

(Anm. der Red.: Zum Widerstand der Sozialdemokraten erklärt Wenzel Jaksch an anderer Stelle sogar, dass die Tschechen nach dem Anschluss Österreichs das Sudetenland schon verloren gegeben hätten und der Widerstand gegen die SdP fast nur noch von der sudetendeutschen Arbeiterbewegung kam, aus deren Reihen schließlich auch eine sog. Republikanische Garde zur militärischen Abwehr bereitstand. Keine klaren Vorstellungen schienen die Verfasser vom Münchner Abkommen gehabt zu haben. Zwar beklagten sie zu Recht, dass den Sudetendeutschen eine Volksabstimmung über den Verbleib bei der CSR verwehrt worden sei. Unbekannt scheint ihnen aber das Basisabkommen zwischen Prag, London und Paris vom 21.9.1938

gewesen zu sein, in dem **unter Ausschluss sogar des Deutschen Reiches** die Abtretung des Sudetenlandes schon neun Tage vorher festgeschrieben wurde. Die Petenten begaben sich damit eines wichtigen Arguments im Streit um die Verantwortung für den „Anschluss". Sie vergaßen auch den wirkungsvollen Hinweis auf die Saar, wo die Bevölkerung 1935 für den „Anschluss" an das „Reich" gestimmt hatte, ohne dafür mit Acht und Bann belegt worden zu sein).

Die Eigentumsfrage

Zu Recht kritisiert die Petition schließlich den Entzug deutschen Eigentums, obwohl das Potsdamer Dokument darüber schweige. Der Zusammenhang dieser Frage mit den Reparationsforderungen der CSR an Deutschland wird von Anfang an deutlich aufgezeigt. Beklagt wird, dass die Enteignungen die begründeten Reparationsforderung um ein *Vielfaches* überstiegen (S. 30). Daher sei es auch unbegreiflich, dass die zurückgehaltenen deutschen Facharbeiter noch spürbare Lohnkürzungen als angebliche Reparationsleistungen hinnehmen mussten. Z. Fierlinger gab die Zahl der zwecks Aufrechterhaltung der Wirtschaft zurückgehaltenen deutschen Fachkräfte mit 311.000 an (S. 33). Auch in diesen Kapiteln beruft sich die Petition öfter auf das o.g. Buch Dr. Ripkas.

Noch heute aktuell

An der Aktualität der Petition hat sich 70 Jahre danach noch nichts geändert. Nach Auftauchen neuer Dokumente und nach dem Erscheinen neuer Bücher können ihre Forderungen mittlerweile sogar noch besser begründet werden. Zu denken ist dabei an das die Kontinuitätslehre stützende Buch Alois Bernts (Germanen und Slawen in Böhmen und Mähren) oder an das Gesprächsprotokoll vom Benesch-Besuch in Moskau 1943 (Vojtech Mastny, The Benes-Stalin-Molotov-Conversations in December 1943, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 1972, S. 384). Merke also: Nicht ist geregelt, ehe es nicht gerecht geregelt wurde (Lincoln)!

Zusatz: Gegen die problematische Umsetzung der 14 Punkte Wilsons protestierten auf britischer Seite Feldmarschall Jan Smuts und die britische Arbeiterpartei. Richtig weist die Petition auch auf die systematische Benachteiligung der Deutschen in der CSR hin. Als die Weltwirtschaftskrise hinzukam, führte das zum Erdrutschsieg Henleins 1935. Dies wies Sheily Grant Duff in ihrem „Buch Europe an the Czechs" schlüssig nach, auch wenn sie und die Petenten dabei zu wenig differenzieren. Henlein strebte fast bis zuletzt eine innerstaatliche Lösung an und muss gegen den Faschismusvorwurf weitgehend verteidigt werden.

Unser Mitglied Ernst Klier (†) bezeugt Propagandalüge

Ernst Klier war 1943 als Soldat in Serbien eingesetzt. Zu seinen Aufgaben gehörte das Abhören britischer Propagandasender. Eines Nachts im Herbst des genannten Jahres hörte er, dass eine Einheit der 173. Deutschen Reservedivision das Frauenkloster Hopovo überfallen und die Nonnen geschändet hätte. Klier war wie elektrisiert, denn diese Division war seine Einheit und das Kloster lag in dem von dieser Division kontrollierten Gebiet. Klier weckte daher sofort den kommandierenden General, der unverzüglich seinen „IA" mit einem Stoßtrupp zum Kloster sandte. Als er dort ankam, fand er die Nonnen unbehelligt in tiefem Schlafe vor. Nach einem guten Frühstück kehrte die Gruppe zurück. Die Tito-Partisanen nahmen die Falschmeldung jedoch zum Anlass, unter den dort lebenden Deutschen und Kroaten ein Blutbad anzurichten. Die Leitung des britischen Propagandasenders hatte Sefton Delmer. (WBr. 80,5,4)

Der gute Schwimmer kennt beide Ufer.

Wahlfälschungen in Deutschland (!)

Soweit ist es bei uns also schon gekommen: Nach der Landtagswahl vom 14.Mai 2017 in Nordrhein-Westfalen (NRW) beanstandete die AfD Auffälligkeiten in 77 Stimmbezirken (von rd. 15.500) und beantragte Nachzählung. Das Ergebnis war niederschmetternd. In allen geprüften Bezirken musste das Ergebnis für die AfD deutlich nach oben korrigiert werden. Im Gegensatz dazu blieben die Zahlen für die anderen Parteien so gut wie unverändert. Es lag daher Wahlfälschung gegen die AfD vor.
Pro Stimmbezirk wurden durchschnittlich 28,6 AfD-Stimmen unterschlagen, so dass am Ende ein Plus von 2.208 AfD-Stimmen herauskam. Das führt zu interessanten Spekulationen. Laut Auskunft des Landeswahlleiters fehlten der AfD nach der Neuauszählung nur noch 9.800 Stimmen zum 17. Mandat. Hätte man daher in den übrigen 15.423 Wahllokalen durchschnittlich nur je 0,65 AfD-Stimmen neu „entdeckt", gäbe es keine CDU/FDP-Regierung in NRW, denn diese verfügt nur über eine Mehrheit von einer Stimme!

Nur Einzelfälle?

Fast ebenso erschütternd wie die Fälschungen selbst ist der Umgang der Politik mit diesem Verbrechen. Man wiegelte ab und sprach von Einzelfällen. Nach diesem Muster verfuhr auch die „Qualitätspresse". Sie nahm ihr Wächteramt nur halbherzig und verharmlosend wahr, so etwa, als geschrieben wurde, dass sich ein Wahlvorstand „vergallopiert" hätte! Bedenklich ist auch, dass die Polizei erst in einem einzigen Stimmbezirk wegen Wahlfälschung Vorermittlungen eingeleitet hat. In mindestens 76 Bezirken stehen diese noch aus!

Es gab warnende Vorzeichen

In dieses Bild passt der fahrlässige Umgang mit warnenden Vorzeichen. Schon im Jahre 2013 veröffentlichten zwei Wissenschaftler (Achim Goerres, Köln, und Christian Breuning, Toronto) eine Studie, die auf Wahlbetrug in Deutschland hinwies. Sie benutzten ein mathematisches Verfahren, das bisher nur von Wirtschaftsprüfern zur Aufdeckung von Bilanzfälschungen angewandt wurde. Es beruht auf dem Benfordschen Gesetz, das aus der Verteilung der Nach-Komma-Stellen Schlüsse ziehen kann. Mit diesem Werkzeug rechneten sie die Bundestagswahlen seit 1990 nach und stellten durchweg Auffälligkeiten fest. Besonders auffällig war das Wahlergebnis von 2013. Unter den Ländern fielen bei dieser Wahl Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und alle neuen Bundesländer negativ auf. Leider ermöglicht das Verfahren nur qualitative und keine quantifizierenden Aussagen. Nachzählungen sind auch nicht möglich, da die Wahlzettel jeweils bald nach der Wahl vernichtet werden. Moniert haben die beiden Wissenschaftler auch das Fehlen klarer Regeln für die Rekrutierung der Wahlhelfer.



Laden Wahlzettel zur Manipulation ein?

Weiter so?

Wahlen sind das Herzstück der Demokratie. Ein „Weiter so" darf es nicht geben. Wir benötigen daher transparente Regeln für die Berufung der Wahlhelfer. Dann müssen nach den Wahlen stichprobenartig Nachzählungen vorgenommen und die versiegelten Pakete mit den Wahlzetteln länger aufbewahrt werden. Ob uns dabei Abgeordnete wie Hartmut Honka (CDU) helfen, ist zu bezweifeln. Er sagte ungestraft**: „***Lieber einige wahlfälschende Gymnasiasten im Wahllokal als die AfD im Parlament"***.**

Literatur zum Nachlesen: Goerres/Breuning, Searching for electoral irregularities in an established democracy: Applying Benford's Law tests to Bundestag elections in Unified Germany

Die Welt verstehen

1.Bisher galt Berlin als Nachfolgesiedlung einiger slawischer Gründungen. Jetzt stieß man im Bezirk Köpenick auf die Reste eines 3.000 Jahre alten frühgermanischen Grubenhauses (JF.5.5.17, S. 19).
2. Zwischen 1990 und 2010 wurden in Deutschland 340 evangelische Kirchen geschlossen, 46 davon sogar abgerissen. Bei der katholischen Kirche waren es im letzten Jahrzehnt 515 Gotteshäuser (PAZ, 5.5.17, S.8).
3. Die USA unterhalten weltweit 700 Militärbasen.
4. In Hessen kommen fast 70 Prozent der Gefängnisinsassen „aus dem Ausland“. Ihnen wird auch Unterricht in der deutschen Sprache angeboten (UA, 30.5.2017, S. 1).
5. Griechenland erhielt bis Mai 2017 Hilfsgelder in Höhe von 180 Marshallplänen und verwendete sie zu 1/3 für die Bankenrettung, zu 1/3 für den Konsum und zu 1/3 meist für Erwerbungen im Ausland wie Immobilienkauf in Berlin (Prof. Sinn, TV. 22.5.17).
6. In den USA wurde schon unter Obama die Laufzeit vieler der fast 100 Atommeiler von 40 auf 60 Jahre verlängert. China wird lt. Pariser Klimavertrag die Zahl der Atomkraftwerke (Stand 2005) bis 2030 verdreifachen (LB, FAZ, 9.6.17, S. 29).
7. Die Stadt München hat in Bahnhofsnähe ein Gebäude für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge (Mufl) für monatlich 400.000 € gemietet. (131.000 Kaltmiete, 271.000 Betriebs- und Personalkosten). Momentan wird es von 15 Personen bewohnt (Youtube)
8. Das Honorar des einstigen US-Präsidenten Barak Obama für einen Vortrag beläuft sich auf bis zu 400.000 US-Dollars (PAZ, 30.6.17).
9. Bei der Herstellung von Batterien für Elektroautos wird so viel CO_2 freigesetzt, dass die Einsparung gegenüber Benzinautos erst ab 30.000 bis 100.000 Kilometern beginnt (PAZ).
10. Durch beschleunigten Blutfluss in den Adern wird die Bildung eines Enzyms gegen Zellalterung (Telomerase) begünstigt. Die Beschleunigung erreicht man durch Manschetten am Körper oder noch besser durch Sport (Spiegel, 1.7.2017, S. 108).
11. Der Tschechischen Republik droht ein EU-Verfahren wegen der Weigerung, Migranten aufzunehmen. Für den Fall einer Verurteilung fordert Vaclav Klaus den Austritt aus der EU, da sein Land nicht gezwungen werden dürfe, multikulturell zu werden (Sudetenpost, 7.7.2017, S. 1).
12. Timo Benitz, geb. 1991, wurde am 9.Juli in Erfurt Deutscher Meister über 1.500 Meter (Zeit: 3:38,2 Min.) Als ihn die Presse fragte, wie schwer ihm der Endspurt auf der Zielgeraden falle, verwies er auf seine Großväter, die als Kriegsgefangene in Sibirien Schwereres hätten ertragen müssen (FAZ, 11.7.2017).
13. Die EU wuchs 2016 durch Zuwanderung um 1,5 auf jetzt 512 Mio Menschen. Geburten u. Sterbefälle hielten sich die Waage (je 5,1 Mio). Den höchsten Zuwachs mit 1,98 % hatte Luxemburg, Deutschland liegt bei 0,78 %. Abgenommen haben u.a. Litauen, Lettland, Kroatien, Bulgarien zwischen -1,4 und -0,7 % (http://ec.europa.eu).
14. Bei den deutschen Gerichten harren 250.000 Klagen gegen Asylablehnung der Entscheidung (TV, 20.7.17).
15. Bei den Regensburger Domspatzen gab es 537 Missbrauchsfälle. Der Spiegel (22.7.17) sieht die moralische Autorität der Kath. Kirche beschädigt (und die Gegner des kirchlichen Steuerprivilegs haben neue Argumente).
16. Die Gruppe „Katholiken in der AfD“ forderte die Deutsche Bischofskonferenz auf, sich mit dem AfD-Parteiprogramm vertraut zu machen. Es enthalte keine mehr oder weniger offene Förderung von Abtreibung, Euthanasie, Homo-Ehe und Gender-Ideologie und rechtfertige keine Distanzierung von der AfD..
17. Die CR erhielt in den Jahren 2015/16 EU-Gelder in Höhe von 5,7 und 3,1 Mrd. Euro. Die Reiselust der Tschechen beschert den Reisebüros im laufenden Jahr ein Auftragsplus von 10 Prozent (Radio Prag).
18. Für die Ernährung eines Vegetariers wird pro Tag die Ackerfläche von 0,5 qm benötigt. Nichtvegetarier benötigen 3,5 qm, was bei wachsender Weltbevölkerung zur Abholzung weiterer Regenwälder führen wird.
19. Die Gruppe „Aufstehen gegen Rassismus“ gab eine 40-seitige Broschüre für den Kampf gegen die AfD heraus. Darin sind Ratschläge enthalten, wie man Gastwirte einschüchtert, die Räume an die AfD vergeben. Zu den Unterstützern der Gruppe gehören die Sozialdemokraten Schwesig, Barley, Stegner (JF, 4.8.17).

Die neue Linke

Ein bekanntes Sprichwort lautet: „Die Extreme berühren sich“ (Les extremes se touchent). Daran fühlt man sich erinnert, wenn man liest: „Rechts ist das neue Links“ (Spiegel, 10.6.17). Diese kuriose Parole entstand, weil man feststellte, dass linke Vordenker für die EU-Probleme auch keine anderen Lösungen sehen als Marine Le Pen, Geert Wilders oder die AfD. Für sie ist die EU nur eine Entdemokratisierungsmaschine zu Lasten von Rentnern und Arbeitslosen, der man schnellstmöglich entkommen müsse. Die Währungsunion habe Europa nicht zusammengeführt, sondern gespalten (Oskar Lafontaine). Daher müssten Deutsche Mark, Franc und Peseten wieder eingeführt werden.
Bedeutet das im Klartext die Rückkehr zum Nationalstaat?

Blick in die Geschichte

Ein Blick in die Geschichte hilft etwas weiter! Schon um 1895 befassten sich in Trient Journalisten und Freidenker mit der Frage, ob man den Sozialismus gleich weltweit einführen solle oder, um sich nicht zu übernehmen, erst auf nationaler Ebene. Dem Tschechen Vaclav Klofac war sozusagen der Spatz in er Hand lieber als die Taube auf dem Dach und entschied sich zur Gründung seiner tschechischen nationalsozialistischen Partei (Narodne Socialisticka Strana Ceska, NSSC). Das geschah 1897 und verband die Wörter national und sozial erstmals zu einem gemeinsamen Begriff. Ungefähr wie Klofac entschied sich Stalin 1925 nach dem Tod Lenins. Dieser hatte gelehrt, dass der Kommunismus erst nach erfolgreicher Weltrevolution durchgesetzt werden könne, Stalin gab aber die Parole vom „Sozialismus in einem Land“ aus.

Was ist die gemeinsame Schnittmenge?

Haben nun Sozialisten und Linke gleiche Ziele wie die AfD oder der Front National? Das wäre zu oberflächlich, denn die wirklich gemeinsame Schnittmenge besteht eigentlich nur in dem Wunsch nach **überschaubaren Staatsgrößen**. Das wäre auch die Wegstrecke, die AfD oder der Front National mit „den Linken“ gemeinsam gehen könnten. Dann aber wären die Gemeinsamkeiten aufgebraucht und es müsste zum Konflikt kommen, denn während es „den Linken“ ziemlich egal ist, wer sich in ihrem Staat als „Bevölkerung“ tummelt, legen AfD und Front National auch Wert auf eine gewisse Homogenität ihrer Staatsbürger.

Der Brexit bewies es

Dieser einfache Mechanismus spielte bei der Wahl in England am 8. Juni 2017 eine große Rolle. Den Weg bis zum Brexit im Juni 2016 konnten die Befürworter kleinerer staatlicher Einheiten von links und rechts gemeinsam zurücklegen. Bei der Wahl vom 8. Juni 2017 überwogen dann die jeweils linken und rechten Ziele, was dann zum Fiasko Theresa Mays führte. Das nicht vorhergesehen zu haben, stellt den politischen Analysten von Downingstreet 10 kein gutes Zeugnis aus. Die Wahl hätte nie anberaumt werden dürfen.

Unauflösliches Dilemma

Der oben eingefügte historische Rückblick zeigt, dass sich die Linke heute immer noch mit den Fragen herumschlägt, die schon das 19. Jahrhundert bewegten. Globale Ziele der Menschheitsbeglückung scheiterten bisher immer an der Buntheit des Lebens. Mächtige Imperien scheiterten immer an den ihnen innewohnenden Zentrifugalkräften. Das mussten die Römer, Napoleon, Hitler und Gorbatschow erfahren. Das ist auch das Problem der EU. Wie will sie 28 ausgeprägte Staatsindividuen unter einem Dach vereinen? Einen klugen Weg schlug 1896 Vaclav Klofac ein. Allerdings brannten bei diesem Experiment bald (1918) die Sicherungen durch, weil es in einen unduldsamen Nationalismus mündete. Es wird in Zukunft nur funktionieren, wenn wir uns für einen **„brüderlichen“** Nationalismus entscheiden! *(F.V.)*

Ernüchterndes vom tschechischen Exil

Als sich der Eiserne Vorhang zwischen Mittel- und Osteuropa herabsenkte, hoffte „der Westen“ auf dessen Überwindung durch den Freiheitswillen der abgeschnittenen Völker. Die Vertriebenen hielten es sogar für möglich, dass sich die Vertreiberstaaten durch den Schock der plötzlichen Unfreiheit eines besseren besinnen könnten und die Rückkehr in die Heimat erlaubten. Ein besonderes Verständnis dafür erhoffte man sich bei den Exiltschechen, denn auch diese litten unter der Missachtung von Recht und Wahrheit und könnten – wie man hoffte - Fürsprecher für eine Rückkehr der Vertriebenen sein.
Die wichtigsten Beobachtungen der tschechischen Exil-Szene verdanken wir Toni Herget, dem wissenschaftlichen Lektor am Herder-Institut zu Marburg.
In rund 40 Jahren seiner Tätigkeit konnte er bei der 1968er-Emigration hoffnungsvolle Anzeichen eines Umdenkens erkennen, doch letztendlich war das tschechische Exil nicht bereit, das Vertreibungsunrecht rückgängig zu machen oder wenigstens abzumildern. An diesem Befund hat sich 2017, also weitere 30 Jahre danach, leider immer noch nichts geändert. Die Lehre daraus kann daher nur sein: Wenn selbst bei den Emigranten von 1948 (rd. 44.000) und 1968 (rd.750.000) keine Änderung der Gesinnung erfolgte, sollte man auch 2017 vorsichtiger mit optimistischen Gedankenspielen sein.

Hier nun Toni Hergets Beobachtungen in mehr oder weniger tabellarischer Form.
Seine Ausgangspunkte waren der Freundschaftsvertrag mit der SU am 12.12.1943 in Moskau und das **Kaschauer Programm vom** 5.4.1945, das sich „**für alle Zukunft** an den Moskauer Vertrag binden wollte. Abweichend davon waren folgende Stimmen festzustellen:

Tschechischer Nationalausschuss: Unter Führung von General Lev Prchala protestierte der Tschechische Nationalausschuss gegen die einseitige Bindung an den Kreml und gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen.
Einzelstimmen: Der Prediger Premysl Pitter, der Journalist P. Mares und Frau Kozeluhova erhoben fast als einzige ihre Stimmen gegen die Verfolgung der Sudetendeutschen. Die kirchliche Seite blieb stumm, ja die christliche Volkspartei stritt mit den Kommunisten sogar um das Urheberrecht am Vertreibungsgedanken.
Machtwechsel 1948: Der Machtwechsel 1948 zwang manchen Prager Potentaten, z.B. Zankl, Ripka, Feierabend, Slavik zur Emigration. Ihnen fehlte aber der Mut, ihr Bekenntnis zum Kaschauer Programms als Fehler zuzugeben. 1949/50 kam es zur Gründung des „Rates der freien Tschechoslowakei“ (RADA). Dieser folgte einer nationalchauvinistischen Linie und verteidigte die Vertreibung.
Prof. Jaroslav Stransky, früherer Retributionsminister, scherte aber bald aus dieser Front aus und forderte **Wiedergutmachung für die Sudetendeutschen**. Damit wiederholte er praktisch das, was General Prchalas Gruppe schon 1945 anstrebte. Auch junge Studenten, besonders um die Zeitung „Skutecnost“ in Paris, Zürich und München, verurteilten Beneschs Politik.
Prof. V. Busek, Vorsitzender des „Tschechischen Nationalrats von Amerika“ wies 1968 auf die Fehlentwicklung der CSR schon seit 1918 hin, die nach 1948 die längsten und blutigsten Schauprozesse im Ostblock zur Folge hatte. Eindruck machte auch die **großzügige Haltung** der Sudetendeutschen gegenüber den in Deutschland lebenden Emigranten von 1948 und 1968. Politischer Frust und materielle Alltagsprobleme dürften teilweise bei Pavel Tigris, Adolf Kratochvil, Milos Svoboda und Vl. Pekelsky zur „Bekehrung“ beigetragen haben.
Das Ende des Prager Frühlings löste vielen Tschechen endgültig die Zunge. Pavel Tigris, der Chefredakteur der angesehenen Exilzeitung „Svetectvi“, schrieb im Dezember 1972 in der „Deutschen Zeitung“: „Das Genozid, das heute gegen unbequeme Intellektuelle in der CSSR

angewendet wird, ist **schlimmer und sicherlich sorgfältiger als unter den Nazis.“** Der Literaturkritiker Antonin Kratochvil sagte zum selben Thema: „Am Ende des Protektorats gab es an die zehn tschechische Literaturzeitschriften. …. Vergleicht man Vergangenheit und Gegenwart, dann waren die Faschisten **ungeschickte Anfänger.**“


Josef Kalvoda

Wichtige Bücher erschienen nach dem Prager Frühling, so eine Geschichte des tschechischen Volkes (Jindy a nyni = Einst und jetzt) von Bohdan Chudoba, einem in Madrid lebenden Historiker; so die Erinnerungen von K.L. Feierabend ; so von Voitech Mastny ein Buch über den kaum vorhanden gewesenen tschechischen Widerstand im Protektorat und schließlich die beiden Bände „Czechoslovakia`s role in Soviet strategie“ (1978) Josef Kalvodas, des in den USA lebenden tschechischen Historikers. An ihnen ist der Urteilswandel im tschechischen Exil abzulesen.

Die Neu-Emigranten von 1968 traten meist betont unpolitisch auf. Dennoch hat Rio Preisner nach seiner Ankunft im Westen offen davon berichtet, dass er im Mai 1945 in Prag brennende **Menschenfackeln** gesehen hat und sich für seine Landsleute schäme. Nicht wenige haben erkannt, dass die Tschechen nach 1968 in ihrem eigenen Staat weniger zu sagen hätten, als im alten Österreich.

Unbelehrbar allerdings blieb in Wien eine Gruppe um die Exilzeitung **„Videnske svobodne listy** (VSL=Wiener unabhängige Zeitung), die noch 1979 hemmungslos gegen die SL und besonders gegen Toni Herget polemisierte (WBr. 1979, 4,4).

Wenn in Exilkreisen überhaupt einmal von den Sudetendeutschen die Rede war, dann so wie 1978 in der „**Erklärung von Franken**“. Dort wurde deren Vertreibung als Ausgangspunkt des den Tschechen später selbst zugefügten Unrechts identifiziert. Im Herbst 1978 kam es zu einer gemeinsamen Erklärung von Charta 77 und dem Exil von 1948 und 1968. Die Sudetendeutschen spielten keine Rolle darin, es sei denn diese klammert sich an die Aussage, dass man eine „pluralistische“ Tschechoslowakei anstrebe.

Im Übrigen litt das tschechische Exil auch darunter, dass die meisten der 1968er-Emigranten im Grunde nur Wirtschaftsflüchtlinge mit nur schwach ausgeprägten politischem Willen waren. Es war sogar so, dass ihre Kinder oft schon kein Interesse mehr am Erlernen der tschechischen Sprache hatten.

Als Toni Herget diesen Rundblick über die Emigranten-Szene schrieb, war er vielleicht etwas zu optimistisch gestimmt. Dennoch, positive Ansätze waren da, und es muss Gründe geben, dass sich daraus für die Vertriebenen nichts entwickelt hat. Der damaligen SL-Führung sollte man keine Schuld zuschieben. Sie war 1975 mit Dr. Walter Becher an der Spitze sogar nach New York zur UNO gereist, um ihr Anliegen vorzubringen. Gefehlt hat aber vermutlich die Unterstützung aus Bonn, wo man auf die Entspannungspolitik Willi Brandts fixiert war.

Toni Herget (1917-1996) war einer der bedeutendsten Zeithistoriker unserer Volksgruppe. Seine Aufsätze sind noch heute unübertroffen. Seine Stärke waren seine tschechischen Sprachkenntnisse, die er sich allerdings unfreiwillig während einer zehnjährigen Haft im Joachimsthaler Uranbergbau erworben hatte. Nach seiner Freilassung 1955 waren sie aber die Grundlage für seine berufliche Tätigkeit als Lektor am Osteuropainstitut in Marburg. dem Herderinstitut. Dort gehörte die Auswertung der tschechischen und exiltschechischen Presse und Literatur zu seinen Dienstpflichten. Seinem akribischen Fleiß verdankt das Herderinstitut ein Zeitungsarchiv mit mehr als 1 Million Zeitungsartikeln der Jahre 1965 bis 1985, alphabetisch geordnet nach Personen.

Diese Datei gehörte auch zu Hergets Hilfsmitteln, als er im Oktoberheft des Witikobriefes 1976, S. 6 ff., über den **Meinungswandel** des tschechischen Exils schrieb, eine Arbeit auf der dieser Bericht beruht.

Zum Ableben Dr. Helmut Kohls

Das Bild Dr. Kohls wird in den künftigen Geschichtsbüchern geteilt sein. Bei Regierungsantritt 1982 versprach er eine geistig-moralische Wende, doch die Kraft dafür brachte er nie auf. Wahrscheinlich



Grab H. Kohls auf dem Friedhof zu Speyer

hätte er die turnusmäßige Wahl 1991 verloren. Aber in Mitteldeutschland war etwas in Bewegung geraten. Es gipfelte in einer Massenflucht. Ungarn öffnete den Grenzzaun. D. Genscher versprach: *„Das werden wir Ungarn nie vergessen"* (was wurde daraus?). Schließlich fiel die Mauer durch die Schusseligkeit des Herrn Schabowski am 9. November 1989. Vielleicht war das der Erfolg der Westbindung. Man wird es aber nie wissen, weil man die Deutschlandnote Stalins vom 10.März 1952 abgelehnt hat. Helmut Kohl hat sich in Sachen Einheit bis 1989 nie besonders hervorgetan. 1987 soll er Tastversuche in dieser Richtung sogar als blühenden Unsinn zurückgewiesen haben.
1989 aber hatte unser Landsmann Horst Teltschik mehr Glück. Bei einem Gespräch mit Nikolai Portugalow, einem Mitglied der Internationalen Abteilung des ZK, gewann er den Eindruck, Moskau sei auch für die Vereinigungsoption zugänglich. Sofort riet er Kohl zu einer offensiven Vorgehensweise. Dieser ergriff dann die einmalige Chance und legte beherzt das 10-Punkte-Programm vor. Hier kann man an Stifters Romanfigur Witiko denken, der auf dem Höhepunkt eines politischen Konflikts sagte: *Ich habe gar keine Meinung, ich erwarte nur die Dinge*. Das ist eine Einstellung, die weiß, dass sich Menschen bei der Gestaltung der Zukunft maßlos überschätzen und zu der sich auch Napoleon demütig bekannte: „*Ich war niemals Herr meiner Handlungen, sondern reagierte immer nur auf Gelegenheiten."* Nicht anders verhielt es sich offenbar bei Helmut Kohl.

Die (Teil-) Wiedervereinigung wurde teuer erkauft. Mitterand und Thatcher waren dagegen. George Bush unterstützte Kohl. Dieser opferte die DM. Das bestätigte jüngst auch ein enger Mitarbeiter Mitterands, Hubert Vedrine, in einem Nachruf auf Kohl (FAZ, 11.7.17. LB, S. 18). Zusätzlich wurden ausländische Konzerne bei der Privatisierung in der früheren DDR bevorzugt. So erhielt Elf Aquitaine mit Leuna und deren Tankstellenkette ein sog. „Filetstück". Hier liege lt. Stefan Aust (Spiegel, bei Markus Lanz, Juni 2017) auch der Keim für Kohls Absturz, denn bei der Parteispendenaffäre ging es vermutlich nicht um den Schutz bestimmter Personen, sondern um die Vertuschung einer größeren Zahlung (20 Mio) des französischen Konzerns auf ein liechtensteinisches Konto.
In Polen genießt Dr. Kohl großes Ansehen, weil er dem 2+4-Vertrag mit der Definition der deutschen Ostgrenzen zugestimmt hat. Aber gerade das bekümmerte die Vertriebenen. Die Sudetendeutschen haben auch noch nicht die erniedrigende Behandlung beim Vertrag von 1997 vergessen. Ob dieser auch ein Preis für die deutsche (Teil-) Einheit war, darf man bezweifeln, seit feststeht, dass Kohl die Eigentumsrestitution in Mitteldeutschland durch eine hässliche Falschaussage verhinderte.

So spektakulär die Leistung Dr. Kohls für Deutschland war, so traurig ist das Trümmerfeld, das von seiner Familie zurückbleibt. Seine Frau Hannelore schied aus dem Leben durch Selbstmord; mit seinen Söhnen hatte er gebrochen und seine inzwischen erwachsenen Enkel hat er nie zu Gesicht bekommen. Dies ist wahrlich ein ungeheurer Preis, den der Verstorbene für seine politische Laufbahn entrichtete! *(F.V.)*

Für Deine Spende hier noch die Bankverbindung:

Witikobund e.V., HypoVereinsbank München:
IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX)

Prof. de Zayas schreibt seinen Gratulanten

Prof. Alfred de Zayas feierte am 31.Mai 2017 seinen 70. Geburtstag. Den Gratulanten (darunter auch dem Vorsitzenden des Witikobundes) dankte er summarisch und verknüpfte damit eine Art Retrospektive zur Vertreibungsthematik.

Dabei beklagte er die Millionen Opfer der Vertreibung, die ignoriert wurden und heute sogar als „Tätergeneration“ diffamiert würden. Bedauerlich sei, dass seine Bücher trotz glänzender Rezensionen in den Fachzeitschriften immer noch nicht Lesestoff in den Gymnasien seien. Stattdessen seien die „Geschichts-klitterungen“ von Wolfgang Benz, Raphael Gross, Werner Messerschmidt usw. beinahe mit "Gewalt" durchgesetzt worden (wobei de Zayas die *„politische Korrektheit“* als eine orwellsche Waffe einstuft, die mit Intimidierung (Einschüchterung), Mobbing und Karrierezerstörung arbeite). Leider seien die Medien in Deutschland eine orwellsche Maschine für "fake news" -- nicht nur Lügenpresse, sondern auch Lückenpresse. Nötig sei ein geistiger Wiederaufbau und eine Absage an die Volkspädagogen, wie er es im Nachwort zum Buch von Professor Konrad Löw - „Adenauer hatte Recht“ - formuliert habe.



Prof. de Zayas

Deutliche Worte

Diese deutlichen Worte muss man vor dem Hintergrund einer Karriere als hoher Beamter der Vereinten Nationen sehen. Selbstbewusst verweist Prof. de Zayas auch auf seine jetzige Arbeit als Ruheständler, denn seit 2012 legte er je fünf (5) Berichte an den Menschenrechtsrat in Genf und an die Generalversammlung vor. Gegenwärtig schreibe er an einem Bericht über „Weltbank und Menschenrechte“ für den UN-Rat sowie an einem Bericht über die „IMF und die Menschenrechte“ für die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Offenbar gebe es auch Menschen, vor allem Nicht-Deutsche, die der Meinung seien, dass er „etwas zu sagen hat“.

Einst Kontakt zu Toni Herget

Prof. de Zayas verteidigt entschieden das „Recht auf die Heimat“ sowie das international kodifizierte „Recht auf die Wahrheit“. Schon in jungen Jahren widmete er sich als Fulbright-Stipendiat in Deutschland der Vertriebenenfrage. Dabei suchte er den Kontakt zu deutschen Vertriebenen, um sie zu interviewen. Einer der Besuchten war Toni Herget, der später zufrieden von oft absichtslos aus-gebrachten Samenkörnern sprach, die letztendlich keimten und Früchte trügen. Prof. de Zayas` Kontakte in Deutschland führten auch zur Berufung in den Beirat des „Zentrums gegen Vertreibungen“. Dort plädierte er 2009 für einen Sitz Erika Steinbachs im Stiftungsrat, aus dem sie schließlich doch hinausgemobbt wurde. So wundert es nicht, dass Prof. de Zayas seit geraumer Zeit auf Distanz zu deutschen Institutionen, auch gewissen Vertriebenenverbänden, ging. Der Witikobund allerdings erfreut sich seiner Sympathie, die sich in aufmunternden Botschaften und 2013 in einer privaten Einladung für den Vorsitzenden nach Genf äußerte. *(F.V.)*

Das wissenschaftliche Profil des Jubilars :

Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas: 1970 Promotion an der Harvard Law School zum Dr.iur. Drei Jahre Arbeit als Rechtsanwalt, dann Fullbright-Stipendiat in Deutschland und 1977 Promotion zum Dr. phil. in Göttingen. 1980 Tätigkeit am Max-Planck-Institut für Völkerrecht. Danach Sekretär des UNO-Menschenrechts-ausschusses in Genf und Chef der Petitionsabteilung im Büro des UNO Hochkommissars für Menschenrechte Präsident, PEN International Zentrum Suisse romand. Autor des Buches „Völkermord als Staatsgeheimnis” (Olzog Verlag, 2011) Träger des „Educators Award 2011” der Canadians for Genocide Education. Am 23. März 2012 wurde de Zayas vom UNO-Menschenrechtsrat zum „Unabhängigen Experten der Vereinten Nationen zur Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung“ *(United Nations Independent Expert on the Promotion of a Democratic and Equitable International Order)* ernannt.

Veröffentlichungen (Auswahl aus rd. 30 Titeln):Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen (14.Auflage 2005), Heimatrecht ist Menschenrecht (2001), Die Wehrmachtsuntersuchungsstelle (1979), 50 Thesen zur Vertreibung (2008), Die Wehrmacht und die Nürnberger Prozesse (6.Auflage 2000), Larenopfer, zweisprachige, kommentierte Ausgabe von Rilkes Gedichtszyklus Larenopfer (2008)

Martin Dzingel bei der LV Baden-Wttbg:

Herr Dzingel ist Vorsitzender der Deutschen in der CR und war Gast bei der LV Baden-Württemberg. Dort referierte er über die Lage der Deutschen in der CR. Er ging dabei mehrfach auf die nach wie vor geltenden **Präsidialdekrete des Präsidenten Edvard Beneš** ein, die unter anderem auch dafür sorgten, dass **deutsche Rentner die ärmsten Rentner in der Tschechischen Republik seien.** Mit Erstaunen nahmen die Teilnehmer zur Kenntnis, dass der tschechoslowakische Staat den Deutschen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der Tschechoslowakei bleiben mussten, Teile ihres Verdienstes als Wiedergutmachung abnahm. Auf Grund ihrer deutschen Nationalität wurden sie schon geringer entlohnt, was nun auch zu einer zusätzlichen Reduzierung der Altersrente führte. Er schilderte die Situation in seiner eigenen Familie, was die statistischen Zahlen mit persönlich Erlebtem untermauerte.

Aktuellen Schätzungen zufolge gebe es ca. **40.000 bis 50.000 Deutsche in der Tschechischen Republik**. Diese Zahlen nannte er, obwohl bei der letzten Volkszählung wesentlich weniger Menschen eine deutsche Nationalität angegeben hatten. Man gehe aber davon aus, dass eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern keine Angaben machte.

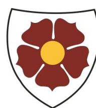
Trotz der nach wie vor geltenden Dekrete meinte Dzingel, dass sich die Situation der Deutschen in Tschechien grundsätzlich gebessert habe. Seit kurzem gebe es eigene Rundfunksendungen, die es ermöglichten, die deutsche Sprache und die deutsche Kultur einem breiteren Publikum näher zu bringen. Wöchentlich werde nun berichtet. Positiv sei auch das Minderheitengesetz zu erwähnen, das viele Dinge ermögliche. Jedoch, so betonte Dzingel *„wenn die Beneš-Dekrete nicht fallen, so haben auch wir keine Möglichkeiten."*

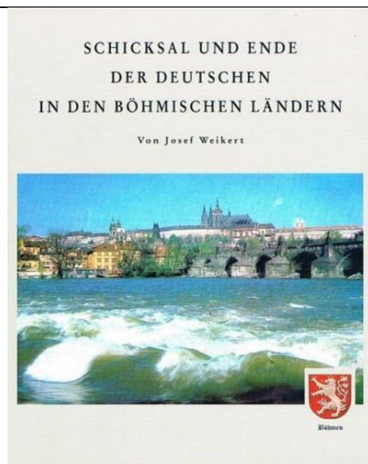
Ein Schwerpunktthema seiner Ausführungen beschäftigte sich mit **Friedhöfen**. Der Zustand der Friedhöfe mit deutschen Gräbern sei schlecht und viele seien aufgelassen worden. *„Kreuze bleiben, wenn auch Gräber untergehen"*, meinte er. Immer öfter gelänge es, zumindest das Wesen der Friedhöfe zu erhalten, wenn es auch Umwidmungen zu Parklandschaften geben würde. Dies sei ein Erfolg in der gemeinsamen Arbeit der in der Heimat verbliebenen und der vertriebenen Deutschen.

Prof. Dr. Ing. Georg Knittel †

Leider müssen wir heute das Ableben unseres Kameraden Prof. Knittel beklagen. Er wurde am 3. 11. 1918 in Prag geboren und war mit 98 Jahren unser lebensältestes Mitglied. Dem Witikobund gehörte er seit Juli 1968 an.

Nachdem Prof. Knittel 1941 sein Architekturstudium an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag abgeschlossen hatte, leistete er vier Jahre Kriegsdienst. 1949 promovierte er in München und wurde 1957 nach Hannover auf den Lehrstuhl für Baukonstruktionen und Statik berufen. 1965 wechselte er nach München. Da hatte er sich schon einen Namen mit der Konstruktion weitgespannter Bauteile gemacht. So war er verantwortlich für den Bau der Rheinbrücke bei Worms und die Moselbrücke in Koblenz. 1979 war er Gründungsmitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste. Neben vielen anderen Auszeichnungen wurde ihm auch die Franz-Josef-Ritter von Gerstner-Medaille der Landsmannschaft verliehen. Prof. Knittel starb am 3.2.2017 im oberbayerischen Grünwald.





€ 5,-

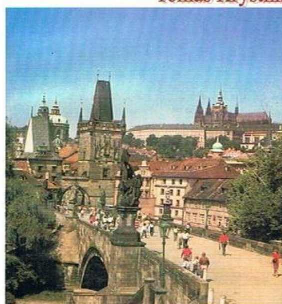




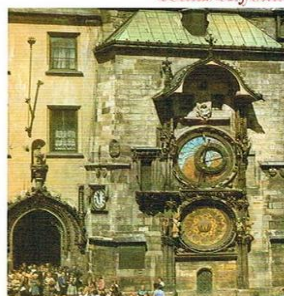
€ 5,-



€ 11,-



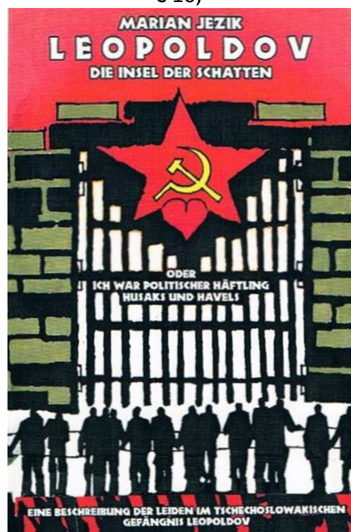
€ 10,-



€ 10,-



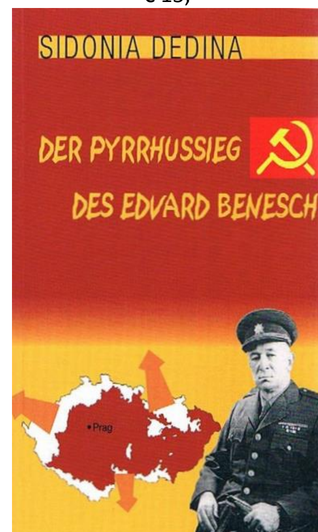
€ 15,-



€ 7,-



€ 10,-



€ 10,-

Bezug obiger Bücher über witikobund-bundesverband@freenet.de
oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.